

Finanzministerium plant den gesetzlich legalisierten Versicherungsbetrug in der Rentenversicherung

Bis 2016 will Bundesfinanzminister Schäuble die sogenannten „Steuerzuschüsse“ an die Rentenversicherung um

4,75 Mrd. Euro

kürzen. **Es gibt aber keine „Steuerzuschüsse“ an die Rentenversicherung!** Den sogenannten „Steuerzuschüssen“ stehen gesetzlich erzwungene versicherungsfremde Leistungen gegenüber (z.B. Wiedergutmachungsleistungen an israelische und polnische Bürger, Transferleistungen der Rentenversicherung West an die Rentenversicherung Ost, Kriegsfolgelasten etc.) die mit den Renten absolut nichts zu tun haben. Somit handelt es sich um **Erstattungsleistungen** und nicht um Zuschüsse. Der Begriff Zuschuss soll die Öffentlichkeit über die wahre Verwendung der Steuergelder täuschen. Damit werden Rentenbeitragsgelder zur Sanierung des Bundeshaushaltes herangezogen.

Wenn BM Schäuble die Steuergelder an die Rentenversicherung kürzt, die versicherungsfremden Leistungen aber nach wie vor erbracht werden müssen, werden diese Kürzungen über Rentenbeiträge aufgebracht werden müssen. Das belastet die Versicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung und entlastet Politiker, Beamte, Freiberufler und Privatiers in ihren Parallelsystemen.

Der Finanzminister führt so einen Schattenhaushalt in der Rentenversicherung zum Nachteil der Versicherten. Mit diesem System wurden der Rentenversicherung seit 1957 ca. 700 Mrd. Euro gesetzlich legalisiert entwendet. Zwei komplette Bundeshaushalte wurden so ausschließlich mit Rentenbeitragsgeldern finanziert.

Bundesvorstand

| | | | | | |
|----------------|-------------------|-------------------------|-------------------|------------------|--|
| Vorsitzender | Herbert Heinritz | Albert-Einstein-Str. 11 | 74357 Bönnigheim | Tel. 07143-21996 | E-Mail: heinritz@beitragszahler-rentner.de |
| Stellvertreter | Bernhard Eicher | Uhuweg 9 | 70794 Filderstadt | Tel. 0711-774883 | E-Mail: eicher@beitragszahler-rentner.de |
| Kassierer | Christiane Schaub | Franklinstr. 84 | 70435 Stuttgart | Tel. 0711-872177 | E-Mail: christiane.schaub@t-online.de |
| Beisitzer | Johann Göttel | Wiesenstr. 102 | 70794 Filderstadt | Tel. 0711-704453 | E-Mail: joh.goe@t-online.de |
| Beisitzer | Erhard Nittbaur | Widmaier Str. 144 | 70567 Stuttgart | Tel. 0711-724103 | E-Mail: erhard.nittbaur@arcor.de |

Bankverbindung: Volksbank Franken eG 74713 Buchen Kontonummer 10458005 BLZ 67461424

Wie lange wollen Sie sich das, als gesetzlich rentenversichert, noch gefallen lassen?

Da in dieser Republik weder

- die Bundesregierung mit Frau Dr. Merkel,
- das Bundesfinanzministerium mit Herrn Dr. Schäuble
- das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit Frau Dr. von der Leyen,
- das Bundesversicherungsamt als Aufsichtsbehörde der Deutschen Rentenversicherung
- die Deutsche Rentenversicherung selbst

weiß wie hoch die versicherungsfremden Leistungen in der Rentenversicherung wirklich sind, fordern wir, dass

- 1. die Rentenversicherung gesetzlich dazu verpflichtet wird die versicherungsfremden Leistungen jährlich zu berechnen, auszuweisen und diesen Betrag als Erstattungsbetrag vom Finanzministerium zurück fordert.**
- 2. Der Begriff „Steuerzuschuss“ in „Erstattungsbetrag“ geändert wird, da diesen Steuergeldern Leistungen gegenüber stehen und somit kein Zuschuss sein kann. Mit dem Begriff „Steuerzuschuss“ wird der Öffentlichkeit eine falsche Verwendung der Steuergelder suggeriert.**
- 3. Der Begriff der versicherungsfremden Leistungen, wie einst vom VDR definiert, gesetzlich festgeschrieben wird: *Alle Leistungen der Rentenversicherung sind als versicherungsfremd anzusehen, die nicht in vollem Umfang durch Beiträge gedeckt sind. Ausnahmen sind die Erwerbsminderungsrente und die Hinterbliebenenrente.***

Diese Forderungen hat BRR mit Schreiben vom 11.07.2012 an den Bundesfinanzminister Dr. Schäuble und mit Schreiben vom 27.06.2012 an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales Frau Dr. von der Leyen gestellt, mit der Aufforderung, eine entsprechende Gesetzesinitiative einzuleiten.

Jetzt liegt es an Ihnen unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Unterstützen Sie uns durch Ihre Mitgliedschaft, dass der Druck aufrecht erhalten werden kann, um die Ausplünderung der Rentenversicherung um weitere **4,75 Mrd. Euro** zu verhindern.

**Es geht um Ihre Rentenbeitragsgelder
und
Ihre Altersversorgung!**